

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **RM. 2,50.**

Inhalt:

Die Schwierigkeiten der industriellen Ausdehnung Frankreichs 9
Wirtschaftliche Rundschau 11
Arbeiterbewegung. Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“. — Aus den graphischen Berufen. —

Seite

Seite

Aus den deutschen Gewerkschaften — 50 Jahre deutscher
Tabakarbeiterorganisation 12
Aus Unternehmerkreisen. Zur Entlohnung der
Kriegsbeschädigten 16
Mitteilungen. Unterstützungsvereinigung 16

Die Schwierigkeiten der industriellen Ausdehnung Frankreichs.

Geschildert von einem Franzosen.

Der französische Ingenieur Victor Cambon gilt in seinem Lande als einer der besten Kenner des Wirtschaftslebens Frankreichs und Deutschlands. Durch seine Berufstätigkeit und viele Reisen hat er sich eine gründliche Kenntnis der Industrieverhältnisse zu beiden Seiten des Wasgenwaldes erworben, die ihn zum zuverlässigen Vergleicher befähigt. Frankreichs gewerbliche Tätigkeit hat er in einer Reihe von Büchern (La France au Travail) geschildert. Als deren Gegenstück erschien von ihm 1910 eine Abhandlung über: Deutschland bei der Arbeit (L'Allemagne au Travail). Damit hatte er geglaubt, die deutsche Industrie auf lange Zeit hinaus genügend behandelt zu haben. Allein der industrielle Aufschwung Deutschlands, besonders in den Jahren 1911 und 1912, bestimmt ihn, das kurz vorher beschriebene Gebiet wieder zu durchstreifen. Ein weiteres Werk (Les derniers Progrès de l'Allemagne) war das Ergebnis dieses Streifzuges.

In dem ersten Buch reiht Cambon einfach bloß die geschauten Bilder aneinander. Im zweiten wird er schon kritischer, warnender, antreibender. Im Vorwort prophezeit er: „Frankreich bezahlt womöglich mit seinem Dasein das unheilvolle Vergnügen, die Augen vor der Wahrheit (Deutschland, wie es ist!) verschlossen zu haben“. Warnungen ohne sichtbaren Widerhall. Die bleierne Gleichgültigkeit wollte nicht weichen. Von ihrer Art oder Stärke gibt Cambon selbst ein Beispiel. Mit seinem Buche in der Hand ging er zu dem Leiter eines großen Pariser Blattes und machte ihn auf die verblüffende, für Frankreich bedrohliche Umwälzung im deutschen Wirtschaftsleben aufmerksam: das Volk müsse darauf hingewiesen, es müsse aufgerüttelt werden, weil sonst, wenn seine industrielle Ausrüstung schlecht sei, eine gänzliche Verdrängung Frankreichs nicht verhindert werden könne. Und der Zeitungsleiter antwortete: „Diese Frage interessiert uns nicht; wenn Sie aber unbedingt wollen, daß wir von Ihrem Buche sprechen, so kostet das 15 Frank die Zeile“.

Ueber diese Gleichgültigkeit kam der Krieg mit seinen Enttäuschungen, Schrecken und Niederlagen.

Die Kriegsnot rüttelte an dem Berg von überlebten Ansichten, hieß zweifeln an der Meinung von der eigenen Ueberlegenheit, zwang nach den Ursachen der deutschen Widerstandskraft auf dem Schlachtfelde oder nach den der eigenen Schwäche suchen. Mit dem Wandel im Denken und Handeln geht es nun zwar in Frankreich selbst unter dem Druck der Kriegsnot langsam. Immerhin, der im Lande stehende Feind ist eine Wirklichkeit, die zu ernstem Nachdenken und entschlossener Tat mahnt.

„Wer hätte von uns gedacht, daß Deutschland viele Monate lang fünf großen Weltmächten widerstände? Welches ist die Quelle der deutschen Kraft?“ Diese tausendfach gestellten Fragen wirft auch Victor Cambon in einem Vortrag (Vers l'expansion industrielle) auf, den er vor einiger Zeit in der Pariser Gruppe des Vereins der Ingenieure Frankreichs hielt. Der Vortrag ist im großen ganzen ein Vergleich der deutschen mit der französischen Industrie. Nebenbei erfährt man Einzelheiten von der still, aber stetig schaffenden deutschen Industrie auf französischem Boden; von einer erfolgreichen Tätigkeit, die in Deutschland kaum über einen engen Kreis von Fachleuten hinaus bekannt ist.

Durch zwei Erscheinungen, so berichtet Cambon, sei gleich zu Beginn der Feindseligkeiten das französische Volk verblüfft worden: erstens durch die erschreckend geschickte Anwendung der Ingenieurkunst auf das Kriegswesen durch die Deutschen, zweitens durch die Aufdeckung der erstaunlichen Machtstellung der deutschen Industrie und des Handels in Frankreich. Eine Menge Geschäfte seien entdeckt worden, die allgemein für französische gehalten worden seien, die in Wirklichkeit aber deutsche waren. Die Erzeugnisse der deutschen Industrie hätten sich überall ins private Leben wie in die staatliche Verwaltung eingenistet. Ja, sogar der Betrieb des städtischen Anschlagwesens von Paris habe sich als in den Händen des Vertreters einer preussischen Gesellschaft befindlich herausgestellt; und wenn man nicht im letzten Augenblick die Augen aufgemacht hätte, dann wäre die französische Mobilisation durch einen deutschen Unternehmer bekanntgemacht worden.

Vor dem Kriege hätte als unerforschlicher Grundsatz gegolten, Deutschland könne wegen Mangel an Rohstoffen einen langdauernden Krieg nicht aushalten. Die Tatsachen jedoch sprächen anders,

Damit ist Cambons Kritik an den französischen Zuständen noch lange nicht erschöpft, noch sind die deutschen Beispiele alle genannt, die er seinen Landesleuten zur Nachahmung empfiehlt. Noch mehr davon hier anzuführen ist nicht erforderlich. Manches von seinen Ausführungen ist für Deutsche nichts neues; ihre Bedeutung liegt vornehmlich darin, daß sie vor französischen Industriellen zu machen für nötig gehalten wird, denn dadurch läßt sich der Stand, die Zurückgebliebenheit der Industrie Frankreichs eraten. Auch wenn man das Wirtschaftsleben jenseits des Wasgenwaldes für besser zu halten geneigt ist als Cambon, so wird man nicht umhin können, einzugestehen, daß Frankreich nach dem Kriege, ob siegreich oder nicht, noch weniger Aussicht als vorher hat, den deutschen Wettbewerber einzuholen.

Die Franzosen wie ihre Verbündeten mochten glauben, durch das Schwert die Kraft bewältigen zu können, die das deutsche Volk im friedlichen Wettstreit entfaltet. Nun finden sie sich auf dem Schlachtfelde der nämlichen Ueberlegenheit gegenüber, die sie auf wirtschaftlichem Gebiet gefühlt und gefürchtet hatten. Diese mit einem Berg von Gold und einem Meer von Blut bezahlte Erfahrung hätten sie sich vielleicht ersparen können, wäre von ihnen genügend beherzigt worden, daß die gleichen Kräfte, die den friedlichen Wettstreit entscheiden, auch beim kriegerischen Ringen im höchsten Maße mitentscheidend sind — oder wenn sie auf die Ermahnungen und Warnungen Cambons gehört hätten.

Fr i t z K u m m e r.

Wirtschaftliche Rundschau.

Balkanverkehr und Ueberseehandel. — Kontinentale Politik und Weltwirtschaft. — Handelsfreiheit und Kriegswirtschaft. — Regelung der Rohstoffversorgung nach dem Kriege. — Schutz gegen maßlose Preisforderungen. — Gleichmäßigkeit des Betriebs. — Zentralisierung der Bezahlung ausländischer Bezüge. — Ausfuhr- und Einfuhr-Gestaltung. — Bildung eines amerikanischen Kupfertrusts.

In einer Neujahrrede betonte der Präsident der Hamburger Handelskammer neben der Selbstverständlichkeit, daß in einer möglichst baldigen Wiederherstellung des Handelsverkehrs nach Beendigung des jetzigen Krieges eine außerordentlich wichtige Aufgabe erblickt werden müsse, auch die Notwendigkeit, allen Auffassungen und Bestrebungen entgegenzuwirken, die auf eine Unterschätzung der Bedeutung des Außenhandels und besonders des Ueberseehandels abzielen. „Die durch die politischen Verhältnisse in den Vordergrund getretene kontinentale Politik,“ meinte er weiter, „darf in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht überschätzt werden. Der bisherige Handel Deutschlands zum Beispiel mit den Balkanländern stellt in der Ausfuhr einen Wert von 313 Millionen Mark, in der Einfuhr einen Wert von 199 Millionen Mark dar, d. h. 3,10 Proz. der gesamten Ausfuhr und 1,85 Proz. der gesamten Einfuhr Deutschlands. So wichtig es sein wird, diese Bezugs- und Absatzmöglichkeiten nach dem Frieden energisch weiter auszubauen, so grundfalsch würde es sein, deswegen Deutschland von der Pflege und weiteren Ausdehnung seiner überseeischen Handelsbeziehungen in ein anderes Fahrwasser abzudrängen.“ Gegen wen diese Polemik sich richten soll, ist nicht recht verständlich, denn von keinem Menschen, der ernst genommen wird, ist als Folge unserer Orientpolitik eine künftige Beschränkung unserer über-

seeischen Handelsbeziehungen auch nur angedeutet, geschweige denn gefordert worden. Mit der Fortführung und Erweiterung unserer Orientinteressen kann und soll Deutschland in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn allerdings eine neue kontinentale Politik betreiben, neu darin, daß sie die Bildung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebiets anstrebt und den friedensstörenden Einfluß Englands in Europa ausschalten müßte und könnte. Deutschlands weltwirtschaftliche Stellung würde durch eine derartige Zusammenfassung der Kräfte Kontinentaleuropas natürlich keine Beeinträchtigung, sondern im Gegenteil eine ungemein reiche Förderung erfahren.

Der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit widersprechen die Forderungen verschiedener Handelskorporationen, daß die während des Krieges ins Leben gerufenen zentralen Organisationen für den Vertrieb der verschiedenartigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände nach dem Kriege möglichst bald ihr Ende zu erreichen hätten, damit die freie Betätigung von Handel und Industrie wieder unbeschränkt einsetzen könne. Von den großindustriellen Verbänden, denen man gerade eine Schwärmerei für Eingriffe des Staates in das Bestimmungsrecht der Industrie nicht nachsagen kann, ist im Gegensatz dazu eine Regelung der Rohstoffversorgung für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das nachdrücklichste verlangt worden. Daß wirtschaftliche Maßnahmen in dieser Richtung erfolgen werden, steht denn auch ganz außer Zweifel, es würden die bedenklichsten Zustände eintreten, wenn nach der Wiederherstellung freien Seeverkehrs der Bezug von Rohstoffen der Willkür jedes einzelnen Betriebs überlassen würde. Was der freie Handelsverkehr bei der Einfuhr von Waren während des Krieges durch maßlose Preisüberbietungen in Rumänien und in den skandinavischen Ländern bewirkt hat, ist arg genug, wäre aber nur ein harmloses Vorpiel gegenüber den Verhältnissen, die sich bei uneingeschränkter Handelsfreiheit nach dem Kriege einstellen müßten. Nicht nur der Schutz gegen verstiegene Preisforderungen der ausländischen Verkäufer gebietet nach Friedensschluß die Fortsetzung sogenannter kriegswirtschaftlicher Tätigkeit, es kommt dabei in Betracht, daß durch ein Unterlassen einheitlichen Vorgehens bei der Rohstoffversorgung die industrielle Tätigkeit wahrscheinlich schweren Störungen ausgesetzt würde, da auf dem einen Gebiet vielleicht Rohstoffüberfluß, auf anderen Gebieten aber Rohstoffmangel herrschen würde. Je kapitalkräftiger ein einzelnes Unternehmen oder eine bestimmte Wirtschaftsgruppe ist, um so mehr wäre bei einem Gehenlassen der Dinge zu befürchten, daß weniger finanzstarke Betriebe von der Deckung ihres Materialbedarfs ausgeschlossen blieben. Nicht zuletzt ist die Arbeiterschaft lebhaft an einer planmäßigen Organisation des Rohstoffbezuges interessiert, weil die möglichst gleichmäßige Aufnahme des ordentlichen Betriebs davon natürlich in einem besonders hohen Maße abhängig ist.

Ferner ist mit der Regelung der Rohstoffversorgung eine solche der Verkehrsmittel verbunden, denn die Reservierung von Schiffsraum zum Beispiel wäre allein ausreichend, um die schönsten Pläne für die Verteilung von Rohstoffen hinfällig zu machen, wenn diese Reservierung in einem übermäßigen Umfange zugunsten einzelner Interessenten erfolgte. Gerade die Bereit-

zum Nachteil Frankreichs. Dieses erfreue sich dank der Freiheit des Meeres eines Ueberflusses an Nahrungsmitteln, das andere dagegen sei gezwungen, fast alles auf seinem Boden zu gewinnen, woraus sich mit Notwendigkeit ergebe, daß der Krieg dem Dreiverband teurer zu stehen komme als seinen Feinden. Wie lange dieser Zustand noch andauere, könne nicht gesagt werden, aber einmal werde er doch ein Ende nehmen. Was dann? „Dann wolle man die Sache bedenken“, heiße es allenthalben. Oder Leute, die ernst genommen sein wollten, sagen: „Nach dem Kriege, wenn ich vor der deutschen Konkurrenz geschützt bin, verkaufe ich meine Waren so teuer, wie es mir gefällt; warum sie wohl vervollkommen?“ Andere meinen: „Die deutschen Waren! Ich werde es wohl möglich machen können, sie mir zu verschaffen, sie unkenntlich zu machen und so meine Kundschaft zu befriedigen.“ Andererseits höre man auch: „Es muß um jeden Preis verhindert werden, daß die Deutschen Waren billig herstellen.“ Nur wenige verlangten von den französischen Fabrikanten, die Waren selbst herzustellen. Sie neigen der Ansicht, am Kriegsschluß brauche sich die französische Industrie nur zu bücken, um das Erbe der deutschen Arbeit aufzuheben. Daran sei aber selbst im günstigsten Falle nicht zu denken. Man nehme einmal einen solchen Fall an:

„Deutschland ist niedergeschlagen und der Gnade des Dreiverbandes überantwortet, der an den vier hauptsächlichsten Punkten des Reiches ausgedehnte Stücke anschnidet. Er legt ihm unter anderen eine unermessliche Kriegssteuer auf, um die Verwüstungen sowie die verschiedenen Hunderte von Milliarden zu bezahlen, die er ausgegeben hat, um es niederzuzwingen. Am Tage nach dem Friedensschluß wird sich der Mangel an Arbeitskräften, als auch eine Geldknappheit mit gleicher Schärfe geltend machen. Die Arbeiterklasse hat eine Million durch Tod, schwere Verwundung und Krankheit verloren. Wir werden belgische Arbeiter nicht mehr finden, die deutschen werden selbstverständlich zurückgewiesen und die Italiener, selbst durch den Krieg vermindert, werden kaum wieder so zahlreich zu uns kommen. Wer kann sagen, wieviel öffentliche Bauten dann zerstört, wieviel Bahnen wiederherzustellen, wieviel Brücken, Straßen, Denkmäler, Kanäle usw. wieder neu zu errichten sind. Man steht staunend vor der Größe der Aufgabe, die uns von Belgien und Nordfrankreich gestellt ist. Eine Armee von gelehrten Leuten, von Mechanikern, Zimmerleuten, Maurern wird nötig sein. Die Löhne werden in ungeheurer Maße wegen der Knappheit an Arbeitern steigen. Mit diesen Schwierigkeiten werden sich drückende Finanzfragen einstellen. Die Mehrzahl der Industriegeellschaften ist ruiniert. Die meisten der Gewerbe stecken in einer schwierigen Lage. Aber der unermessbarste Schaden, den der Krieg verursacht hat, wird der der Staatskasse sein.

Die Staatsschuld wird um 30, 40, 50 Milliarden größer geworden sein. Das heißt dem Staatsbudget $1\frac{1}{2}$, 2, $2\frac{1}{2}$ Milliarden beifügen. Diese Summe ist um mindestens eine Milliarde für Kriegsunterstützung zu erhöhen. Wir werden einem jährlichen Staatsaufwand von 8 bis 9 Milliarden nicht entgehen können. Wie aus diesem Dilemma herauskommen? Manche zählen auf die Kriegsentschädigung, die der Sieger Deutschland auferlegen wird. Aber: entweder ist Deutschland nur zur Hälfte geschlagen, dann kann es den Dreiverband nicht nach Guldunkten brandschlagen oder es ist zerschmettert und ruiniert bis zu dem Maße, das ihm jede Ausdehnung nach

außen verbietet, dann werden seine Bahnen, Bergwerke und Zölle, verglichen mit den Ausgaben, nur geringe Beträge ergeben.“

Somit hält der Ingenieur Cambon die Aussichten Frankreichs selbst im günstigsten Falle, also wenn es Sieger sein wird — wozu nun allerdings wenig Aussicht ist —, keineswegs rosig. Wie er sich die Lage seines Landes im Falle der Niederlage denkt, erwähnt er nicht; eine solche Belastungsprobe dem französischen Gemüte zuzumuten, hat er, sicherlich aus guten Gründen, unterlassen. Um so mehr und eindringlich setzt er seinen Zuhörern, Fabrikanten, Kapitalisten und Handelsherren, auseinander, daß selbst das siegreiche Frankreich seinen Schlandrian aufgeben und gewaltige Anstrengungen machen müsse, wolle es den gewünschten Platz in der Weltwirtschaft einnehmen. Falsche Scham müsse beiseite gesetzt und, so schwer es auch der französischen Eigenliebe falle, Deutschland nachgestrebt werden.

Deutschland verdanke seine Machtstellung nicht diesem oder jenem Vorteil oder dem Verdienst einzelner, sondern einer Fülle von Kräften, die gemeinsam und innig verbunden für ein großes Ziel arbeiteten. Nämlich „dem Arbeitseifer, der planmäßigen Einstellung des Strebens, der Mannigfaltigkeit und Reichlichkeit des theoretischen und praktischen Unterichts, der Anwendung der Wissenschaft auf allen Gebieten menschlichen Strebens, dann den staatlichen Einrichtungen, der Lösung der sozialen Fragen, der Vervollkommnung der Warenerzeugung, dem Suchen nach Anwendung wissenschaftlicher Verfahren sowie geduldigen Untersuchungen.“ Wie stehe es dagegen in Frankreich?

„Der Lehrlingsunterricht (wie in Deutschland) fehlt uns. Nach der Berechnung des Professors Vignon gibt es auf eine bestimmte Menge Einwohner in der Schweiz 300, in Deutschland 270, in Frankreich 7 und in England 6 Leute, die den Titel eines Chemikers verdienen. Jenseits des Rheines zählt man neben den Universitäten 13 technische Hochschulen, wovon eine jede mehr als 1000 Schüler hat. Dem kann Frankreich bloß drei Anstalten und einige Privatschulen entgegensetzen. Jeder Industrielle beklagt die Unzulänglichkeit unseres Lehrlingsunterrichtes. Der französische Arbeiter ist der geschickteste der Welt, aber dennoch muß man ihn ein Handwerk lehren. Warten wir nicht, bis der Staat den Berufsunterricht in die Hand nimmt. Seit 20 Jahren wird diese Frage im Parlament ganz oberflächlich behandelt und nach einigen verwirrten Erörterungen wieder zu den Akten gelegt. Diese Art von Sitzungen wird weiter dauern. . . . Nehmen wir beispielsweise an, wir verlangten von dem besiegten Deutschland, daß es uns als einen Teil der Kriegsbute die drei großen Dampfer der Hamburg-Amerikanische „Imperator“, „Vaterland“ und „Bismarck“ abliefern. Wir wüßten sie nicht einmal unterzubringen, weil wir keinen Hafen besitzen, der dafür tief genug wäre.

Unserer Schwäche setzen die Deutschen die Macht ihrer berühmten Kultur, die Genauigkeit ihrer Wissenschaft entgegen. Jeder Techniker ist ein Spezialist des ihm anvertrauten Zweiges. In den großen Werken sind Leute angestellt, die die heute notwendige Arbeit erledigen und andere, die den Fortschritt für morgen vorbereiten. Die meisten Großbetriebe besitzen eine Bibliothek, wo Zeitschriften von allen Ländern gesammelt werden und wo der Büchereibewalter gehalten ist, jedem Dienstzweig die Bücher oder Aufsätze anzuzeigen, die seinem Fach von Nutzen sein können.“

Inzwischen hat die Frauenarbeit erheblich zugenommen. Das ist in ganz besonderem Maße durch den Krieg der Fall, der die Frauen in sehr viele Berufe gebracht hat, wo sie nicht wieder ausscheiden werden. Die gewerbliche Frauenarbeit wird daher eine weit ernstere Bedeutung bekommen als je zuvor. Es ist auch kein Zufall, daß die Forderung auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom Metallarbeiterverbande erhoben wurde, dessen Verbandstag im Juni 1915 den Antrag an die Vorstandskonferenz beschloß, der mit der vorliegenden ersten Nummer der Frauenzeitung seine Ausführung findet. Denn gerade in der Metallindustrie hat die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges die größte Anwendung gefunden und die Metallarbeiter wissen am besten die Bedeutung zu ermessen, die diese Tatsache für ihre gewerkschaftlichen Kämpfe haben wird.

Während des Krieges hat sich auch gezeigt, daß die bisherige Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen nicht genügt. Denn gerade in ihren Reihen ist die Fluktuation am schärfsten gewesen, und in vielen Fällen waren die Mitgliederverluste zum überwiegenden Teile auf die Fahnenflucht der weiblichen Mitglieder zurückzuführen.

Die Aufgaben des neuen Mitkämpfers der gewerkschaftlichen Presse sind also ebenso bedeutend wie dringend. Der Inhalt der ersten Nummer zeigt auch, daß die Redaktion, die von Gertrud Hanna geleitet wird, sich ihrer Aufgabe voll bewußt ist. Das Geleitwort schildert die Verhältnisse, die zur Herausgabe des Blattes zwingen; es deutet auch die Schwierigkeiten an, die zu überwinden sind. C. Legeleu behandelt in einem Aufsatz: „Ein neuer Abschnitt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ die Aufgaben und Entwicklung der Gewerkschaftspresse und er spricht mit großer Zuversicht die Erwartung aus, daß es gelingen muß, die Arbeiterinnen für den gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen und ihnen die Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes zu vermitteln. „Das ist die Vorbedingung für den siegreichen Ausgang des Kampfes der Arbeiterklasse um höhere Lebensbedingungen, höhere Kultur und größere Lebensfreude. Es wird und muß der neuesten Mitarbeiterin im gewerkschaftlichen Kampfe gelingen, diese Vorbedingung zu erfüllen.“ In einem Artikel A. Maier's über die „Frauenarbeit in der Metallindustrie“ wird der enorme Zuzug der Frauen zu dieser Industrie eingehend dargelegt. Paula Thiede schreibt über den Wert der Mitarbeit der Frauen in der Organisation. Sie gibt an der Hand der Erfahrungen in ihrem eigenen Verbands wertvolle Fingerzeige für die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Mitarbeit in der Organisation, und der Erfolg beweist auch, wie recht sie hat, wenn sie sagt, daß die Frauen nicht nur als Mitglieder gewonnen, sondern auch umsichtige Helferinnen werden können, die den Bestand der Organisation festigen und stärken. Ueber „Arbeitende Mütter im Kriege“ hat Anna Bloss einen wertvollen von Herzen kommenden Beitrag beigezeichnet, und Wally Zeppler bespricht die Teilnahme der Frau am geistigen Leben in sehr anziehender Weise. Gertrud Lodahl wirbt in einem verständlich geschriebenen Artikel für die genossenschaftliche Bewegung, und im Feuilleton beginnt Wilhelmine Kähler eine Serie „Streifzüge“ durch die Entwicklung der weiblichen Berufsarbeit. Als liebevoller Beobachter der Kindesseele und des Kinderlebens, als den wir Ernst Almsloh seit langen Jahren in der Arbeiterpresse kennen gelernt haben, begegnen wir ihm auch

in der ersten Nummer der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ mit einem kleinen pädagogischen Beitrag, dem sich weitere anschließen werden. Das den Inhalt der Nummer eröffnende Gedicht von L. Lessen ruft die Frauen und Mütter zur gewerkschaftlichen Arbeit auf.

So ist diese erste Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ ein vielversprechender Anfang. Die rege Nachfrage, die sich bereits in Gewerkschaftskreisen geltend macht, ist der beste Beweis für die Notwendigkeit dieses Blattes, dem wir die besten Wünsche mit auf den Weg geben.

Aus den graphischen Berufen.

I.

Ohne die Absicht, prophezeien zu wollen, darf man wohl zwei Dinge als sichere Folgen des Krieges jetzt schon in Erwägung ziehen. Einmal für alle Industrien eine merkliche Verringerung der männlichen Arbeiter und dann, als weitere Folge dieser Erscheinung, das Bestreben, in erhöhtem Maße die Verwendung maschineller Kräfte für den Arbeitsprozeß zur Durchführung zu bringen. Die erste Befürchtung baut sich einmal auf die traurige Tatsache auf, daß ein Teil der besten Industriearbeiter nicht wiederkehren wird; sie wird aber verstärkt durch die Hoffnung, die in Unternehmerkreisen fast allgemein genährt wird, daß nach dem Kriege eine starke Hochkonjunktur einsetzen wird. Ohne die Berechtigung dieser Annahme untersuchen zu wollen, setzen wir als feststehend voraus, daß beide Momente dazu beitragen werden, alle Kräfte in Bewegung zu bringen, um der Vervollkommnung und weiteren Einführung der Maschine die Wege zu ebnen. Die Wirkung einer solchen Entwicklung muß sich spätestens in der nächsten wirtschaftlichen Krise für die Arbeiterschaft wieder bemerkbar machen. Der auch sonst nie ruhende Prozeß, der zur Ausschaltung der menschlichen Handarbeit hindrängt, erhält durch den Krieg neue Anregung, und viele Nachteile für die Arbeiterschaft wird dieser technische Fortschritt mit sich bringen.

Diese eben gekennzeichnete Tendenz hat in der ganzen graphischen Industrie in dem letzten Jahrzehnt an sich schon bedeutende Umwälzungen zugebracht, Umwälzungen, die ihre Wirkung auf dem Arbeitsmarkt der in Betracht kommenden Industriegruppen verhängnisvoll genug ausgeübt haben. Aus dem Bestreben heraus, die wirtschaftlichen Verluste der Kriegszeit nach Möglichkeit wieder einzuholen, wird hier der Konkurrenzkampf wütender als vorher entbrennen. Denn in dieser Industrie hat so gut wie keine Arbeit für den Heeresbedarf den Schmerz um den verlorenen Profit gelindert. Das Auslandsgeschäft fast gänzlich lahmgelegt, die Produktion für den heimischen Markt erschwert und zum Teil unterbunden, so blieb ein gut Teil der Betriebe untätig und ohne Gewinn.

Das soll nach dem Kriege in fieberhaftem Eifer eingeholt werden. Für die Arbeiterschaft sind die Schäden der furchtbaren Kriegszeit nicht minder schwer in die Erscheinung getreten. Zu dem Ausfall durch die Arbeitslosigkeit oder durch die Zeit des Kriegsdienstes kommt die außerordentliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. So liegen die Ursachen für neue Differenzen greifbar klar zutage.

Da ist es Zeit, nach dem Rüstzeug zu schauen, um dem zu erwartenden Ansturm nicht ungewappnet gegenüberzustehen.

Wir wollen daher das Interesse heute auf ein Gebiet lenken, das in der ersten Kriegszeit begriff-

stellung des Schiffsraums nach einem gerechten Schlüssel wird sich als besonders erforderlich erweisen, da der an sich zur Verfügung stehende Schiffsraum infolge der Vernichtung zahlreicher Handelschiffe wesentlich geringer als in den Zeiten vor dem Kriege sein wird. Ebenso wird eine Zentralisierung der Bezahlung für Bezüge im Auslande nicht zu entbehren sein, das Wirtschaftsleben könnte bei Verkehrsformen, die nur auf privatwirtschaftliche Interessen Rücksicht nehmen, auch durch den privaten Zahlungsausgleich schwer verlegt werden. Bemerkenswert sind die Anregungen, die Ausfuhrfähigkeit für mancherlei Industrien zu organisieren, die sonst auf eine Ausfuhrfähigkeit weniger eingestellt waren. Dabei wird nicht erst an Geschäfte nach Friedensschluß gedacht, vielmehr gehen die Vorschläge darauf hinaus, gerade jetzt diese Ausfuhrfähigkeit in die Wege zu leiten. Dem einzelnen Industriellen wird die Möglichkeit zu derartigen Geschäften oft sehr erschwert sein, besonders in den Fällen, in denen das in Frage kommende Unternehmen seine Tätigkeit früher ganz auf das Inland beschränkte. In Verbindung damit sind die Mahnungen zu erwählen, die Einfuhr von Waren, die entbehrlich sind, nach Kräften einzuschränken. Das wird nicht selten weit mehr möglich sein als man zumeist annimmt, eine derartige Selbstbeschränkung würde unsere Zahlungsbilanz günstig beeinflussen, als volkswirtschaftlich außerordentlich wertvoll sein.

Wie die Baumwollversorgung ist auch die Kupferversorgung Deutschlands durch die Mächenschaften der amerikanischen Spekulation, die den Baumwoll- und Kupfermarkt beherrscht, in einschneidendster Weise beeinträchtigt worden. Für die Unentbehrlichkeit einer Organisation der Rohstoffversorgung nach Friedensschluß spricht auch die Meldung, daß ein amerikanischer Kupfertrust, der seit Monaten in der Entstehung begriffen ist, jetzt mit seinen Plänen an die Öffentlichkeit tritt. Nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ wollen die Guggenheims und die Morgan-Interessen, die schon seit Jahren zusammenarbeiten, mit Hilfe anderer Kreise der Großfinanz das Unternehmen zustandebringen, das den Namen Kennecott Copper Corporation tragen wird. Diese Gesellschaft besteht bereits seit Ende April mit 6 Mill. Dollar Kapital und besitzt die Kennecott-Gruben in Alaska. Die Guggenheim-Exploration-Co., wollen nun ihren gesamten Besitz an Aktien der Braden Copper Mines Co. und der Utah Copper Co. auf die neue Gesellschaft übertragen. Im ganzen handelt es sich um 89 Millionen, wovon das Syndikat 65 Millionen beschaffen will. Für den Rest ist auch bereits gesorgt, da Inhaber von Braden- und Utah-Aktien in dieser Höhe sich bereit erklärt haben, neue Aktien zu nehmen. Die den Morgan- und Guggenheim-Interessen gehörende Copper River and Northwestern-Bahn und die Alaska Steamship Co. werden von der neuen Gesellschaft für 200 000 neue Aktien übernommen werden, 208 244 Kennecott-Aktien werden für weitere Ankäufe zurückgehalten. Damit soll die Beherrschung des Kupfermarktes noch mehr als bisher verengt werden, was mit einer Verstärkung monopolistischer Gelüste gleichbedeutend ist. Besonders wüst war die Wirtschaft der amerikanischen Kupferspekulation im Jahre 1907, sie trieb damals den Preis bis auf 112 Pfund Sterling für die Tonne, ein Preis, der dann bis auf 55 Pfund stürzte. Für die Kupfer ver-

arbeitende Produktion sind derartige Treibereien natürlich von schwerem Uebel, die Stellung der deutschen Industrie würde durch die Erschließung neuer Kupferquellen, die außerhalb des Machtbereichs der amerikanischen Spekulation liegen, eine beträchtliche Kräftigung erfahren.

Berlin, den 4. Januar 1916.

Julius Kaliski.

Arbeiterbewegung.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“.

Mit Freude und Genugtuung begrüßen wir die nunmehr vorliegende erste Nummer der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“. Große Aufgaben wird dies neue Blatt zu lösen haben. Seit die Vorläuferin der „Gleichheit“, die von Emma Ihrer im Jahre 1891 begründete „Arbeiterin“, zum ersten Male als Sprachrohr der gewerkschaftlichen Arbeiterinneninteressen erschien, ist sowohl die Zahl der industriell beschäftigten Frauen als die Bedeutung der gewerblichen Frauenarbeit gewaltig gestiegen. Damals kämpften die Frauen noch um den Zutritt zum außerhäuslichen Erwerb, und selbst in den organisierten Arbeiterkreisen war die Frage noch keineswegs allgemein geklärt, ob die Arbeiterin in der gleichen Organisation wie ihr männlicher Kollege aufzunehmen sei. Es ist das unergänzbare Verdienst Emma Ihrer, als erste Vorkämpferin der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen den Grundsatz der gemeinsamen Organisation der Frauen und Männer in den deutschen Gewerkschaften zur allgemeinen Anerkennung gebracht zu haben.

Groß war die Zahl der Arbeiterinnen nicht, die damals den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden hatte. Die Gewerkschaftsstatistik von 1892 berichtet über 4355 weibliche Mitglieder oder 1,8 Pro. der Gewerkschaftsmitglieder überhaupt. Die Gewerkschaften selbst waren klein und schlecht fundiert, die Auffassungen über den Wert der gewerkschaftlichen Arbeit in der Sozialdemokratie sehr geteilt. Einflußreiche Kreise der politischen Arbeiterführer erwarteten alles vom politischen Kampf und schätzten die auf realer Grundlage basierende gewerkschaftliche „Aleinarbeit“ gering ein. Es ist verständlich, daß für die Herausgabe eines gewerkschaftlichen Frauenblattes unter solchen Umständen die nötigen Mittel nicht beschafft und das erforderliche Interesse nicht geweckt werden konnte. Die gewerkschaftliche „Arbeiterin“ wurde durch die „Gleichheit“ abgelöst, die als politisches Frauenorgan der Sozialdemokratie ihre besonderen Aufgaben zu lösen suchte. Für die gewerkschaftliche Erziehung der Arbeiterinnen waren nur die Verbandszeitungen vorhanden und die von diesen geleistete Arbeit braucht nicht unterschätzt zu werden, auch wenn sie den besonderen Interessen der Arbeiterinnen nur wenig Raum und Kräfte widmen konnten.

Daß die Herausgabe eines Blattes, dem lediglich die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen in der Arbeiterinnenbewegung obliegt, notwendig werden mußte, je zahlreicher die Frauen der gewerblichen Erwerbsarbeit zuströmen, darüber war man sich in weiten Gewerkschaftskreisen längst klar. Schon auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress führte Legien in seinem Geschäftsbericht aus, daß die Schaffung einer Beilage der Gewerkschaftspressen zur gewerkschaftlichen Erziehung der Arbeiterinnen für die Gewerkschaftsbewegung sehr nützlich sein würde.

licherweise mit schweigender Aufmerksamkeit betrachtet wurde.

Seit dem Jahre 1901 gibt es im Verbands der Lithographen und Steindrucker über den Nutzen tariflicher Bindung der Arbeitsverhältnisse nur eine Meinung; seit 1903 ist er erfolgreich bemüht, für seine verschiedenen Berufsgruppen Tarife zur Einführung zu bringen. Schon im Jahre 1907 hatte er zwei Zentraltarife, und zwar für die Lichtdrucker und für Chemigraphen und Kupferdrucker. Dazu in 20 Städten Tarife, die insgesamt für 160 Firmen mit 1600 Steindruckern und Lithographen Gültigkeit hatten. Heute hat der Verband 54 Tarife in 372 Firmen mit 5287 beschäftigten Kollegen. Seit 1903 läuft z. B. der Tarif der Chemigraphen und Kupferdrucker mit zweimaliger Tarifrevision. Hier hat es der Verband mit denselben Unternehmern zu tun und ist bis zur Stunde mit denen scheidlich-friedlich ausgekommen, die im Buchdruckgewerbe die Träger des Tarifgedankens sind. Darauf könnte man allerdings einwenden, daß entscheidend dafür das Gehilfenmaterial wäre. Aber die letzte Statistik der Generalkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker, die kurz vor dem Kriege herauskam, zeigt uns darüber folgendes Zahlenmaterial: Im März 1913 waren in Deutschland von 2375 gezählten Chemigraphen 694 Ueberläufer oder Angelehrte aus dem Lithographie- und Steindruckgewerbe, das sind 29 v. H., denen zirka 50 v. H. gelernte Chemigraphen gegenüberstehen. So ist das Gehilfenmaterial zu einem großen Teil aus dem Beruf hervorgegangen, der bis heute noch ohne tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ist. Warum ist diese tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse hier möglich und in den Hauptberufen zum großen Teile nicht? Wollen wir nicht oberflächlich und einseitig lediglich die Schuld auf Seiten der Arbeiterschaft suchen, dann müssen wir uns auch die Gegenpartei ansehen. Da bieten uns zwei Generalversammlungen, die kurz vor dem Kriege stattgefunden haben, prächtiges Vergleichsmaterial. Kurz hintereinander tagte zuerst in Leipzig die Buchdruckereibesitzer Deutschlands und dann die Steindruckereibesitzer. Da war es interessant, daß auf der Tagung der ersteren der Kommerzienrat Büxenstein, der damalige Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, auf die nun schon 23jährige Friedensarbeit im Buchdruckgewerbe hinwies. Bei dieser Gelegenheit verfehlte er seinen Unternehmerkollegen vom Steine, allerdings in der vorsichtigsten diplomatischen Form, einen kleinen Seitenhieb:

„Sehen wir uns unsere benachbarten Gewerbe an, z. B. das Steindruckgewerbe. Innerhalb 6 Jahren gab es allein dort zwei große Streiks von 34 Wochen. — Haben wir zu große Vorteile gewährt oder hat die Tarifgemeinschaft auch uns Vorteile gebracht? Sind die Opfer, die wir gebracht haben, zu groß im Interesse unseres Gewerbes, zu groß im Interesse der Allgemeinheit? 23 Jahre sind vergangen seit dem Streik von 1891 und in diesen 23 Jahren hatten wir keinen einzigen großen Lohnkampf mehr. . . . Denken wir nun an die Bedeutung unserer Tagespresse. Ist es da nicht ganz enorm, daß wir in Deutschland in diesen 23 Jahren das Erscheinen keiner einzigen Zeitung gefährdet haben?“

Im Gegensatz dazu hielt Herr Heymann auf der Schutzverbands-Generalversammlung der Steindruckereibesitzer eine Siegesrede, in der es folgendermaßen klang:

„Während nach Beendigung der ersten großen Bewegung im Jahre 1906 noch Differenzen von größerer Tragweite wiederholt vorkamen, bleiben dieselben im

Jahre 1913 erfreulicherweise fast vollständig aus. Der Erfolg der Bewegung des Jahres 1911/12 für den Schutzverband muß erst recht ein Ansporn sein, auf der Wacht zu bleiben und die innere und äußere Entwicklung der Gehilfenorganisation und ihrer Taktik zu beobachten!“

Mit Recht nagelte damals die „Graphische Presse“ diese beiden Reden fest und faßte sie in folgendem Urteil zusammen:

„So, so; ist das nicht gerade das Gegenteil von dem, was Kommerzienrat Büxenstein aus seinem Gewerbe konstatieren konnte? Dieser darf mit Stolz feststellen, daß das Buchdruckgewerbe 23 Jahre ungestörter Entwicklung hinter sich hat. Heymann ist stolz, daß das Steindruckgewerbe ein Jahr in der Zeit der größten Krise Ruhe hat.“

Ohne auf die einzelnen Vorgänge einzugehen, die die eigenartige Friedensliebe des Schutzverbandes der Steindruckereibesitzer immer wieder im hellen Lichte zeigen, wollen wir nur anfügen, daß es nicht einmal in der Zeit des Burgfriedens möglich war, eine ähnliche gemeinsame Aufforderung an die Berufsangehörigen herauszubringen, wie sie von den Holzarbeitern, Buchdruckern und vielen anderen, in unserem eigenen Gewerbe aber von den Chemigraphen und Kupferdruckern, den Lichtdruckern gemeinsam zwischen Unternehmern und Gehilfen veröffentlicht wurden. Trotz der Anregung durch die Gehilfenvertreter gab der Vorstand des Unternehmer-Schutzverbandes die Aufforderung zur Fortführung der Betriebe, zum Verzicht auf Kündigungen unter Verkürzung der Arbeitszeit für alle Gehilfen usw. allein heraus. Freilich, nennenswerte Klagen lassen sich aus dieser Kriegszeit kaum vorbringen, die Unternehmerorganisation hat sich redlich bemüht, in dieser Zeit Angriffe zu vermeiden. Aber ein Vorgang soll doch nicht unerwähnt bleiben, weil er einige Täuschungen in der Öffentlichkeit herbeigeführt hat. Der Schutzverband der Steindruckereibesitzer hat nämlich auch eine Unterstützung der Arbeitslosen mit 60 000 Mk. beschlossen und durchgeführt. Später bewilligte er sogar noch einmal 40 000 Mk. für denselben Zweck. „Wenn man's so hört, möcht's lieblich scheinen, steht aber doch immer schief darum.“ Denn auch durch die Presse ist die Mitteilung in dieser Form gegangen. Die Täuschung war so allgemein, daß selbst einige Gewerkschaftsblätter sie übernahmen. Und doch ist die Summe so verwandt worden, daß nur Nichtverbändler resp. Gelbe in den Genuss dieser Arbeitslosenfürsorge kommen konnten. In dem Sinne lautete auch der wirkliche Beschluß; nur der Öffentlichkeit ist diese Kleinigkeit schamhaft verschwiegen worden.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An der Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes waren im Monat Oktober 1915 insgesamt 848 Zweigvereine mit 86 671 Mitgliedern beteiligt. Die Zahl der während des Monats Arbeitslosen betrug 2047, darunter 733, die am letzten Werktag des Monats arbeitslos waren. Das sind im Monatsdurchschnitt 2,4 Proz., am letzten Werktag 0,8 Proz. der berichtenden Mitglieder. Unter den einzelnen Berufen hatten wieder die Fliesenleger und die Stuckateure verhältnismäßig die größte Arbeitslosigkeit. Die Fliesenleger hatten unter 590 erfaßten Mitgliedern 61 = 10,3 (12,3) Proz., die Stuckateure unter 2024 Mitgliedern 170 = 8,4 (8,8) Proz. Arbeitslose. Die Maurer

hatten unter 54 270 erfassten Mitgliedern 1388 = 2,6 (2,6) Proz. Arbeitslose, ferner die Isolierer unter 307 Mitgliedern 6 = 2,0 (1,3) Proz. Arbeitslose, die Hilfsarbeiter unter 25 381 Mitgliedern 385 = 1,5 (1,7) Proz. Arbeitslose, die Betonarbeiter unter 1146 Mitgliedern 11 = 1,0 (0,8) Proz. Arbeitslose, die Erdarbeiter unter 2953 Beteiligten 26 = 0,9 (1,2) Proz. Arbeitslose. Bei den Maurern ist das Verhältnis der Arbeitslosen in den beiden letzten Monaten gleichgeblieben; die Betonarbeiter und Isolierer verzeichneten gegenüber dem Vormonat eine Zunahme, die Berufe der Hilfsarbeiter, Erdarbeiter, Stukkateure und Fliesenleger dagegen eine Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Der **B ä d e r v e r b a n d** hatte am Schlusse des Monats November 9402 Mitglieder gegen 9868 im Oktober. Auf jedes Mitglied entfielen im Monatsdurchschnitt 4,03 Wochenbeiträge. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 23 724 Mk. und eine Ausgabe von 20 291 Mk.

Eine etwas eigenartige Redaktionsführung beliebt seit einiger Zeit der **K ü r s c h n e r**, internationales Organ der Kürschner, Zurichter und Mützenmacher. Seine Ausgabe vom 11. Dezember weist eine halbe leere Spalte auf, die mit der Bemerkung versehen ist: „Wegen Stoffmangel muß dieser Raum frei bleiben.“ Diese bequeme Art, das Blatt zu füllen, scheint der Redaktion so zu behagen, daß sie am 25. Dezember die ganze erste Seite weiß erscheinen ließ, diesmal mit der Bemerkung: „Wegen Mangel eines Weihnachtsartikels muß dieser Raum frei bleiben.“ Es ist bisher in unserer Gewerkschaftspresse nicht üblich, den ohnehin knapp bemessenen Raum in solcher nutzlosen Weise zu verschwenden. Wenn dem „Kürschner“ kein Weihnachtsartikel zur Verfügung stand, so darf man doch annehmen, daß auf gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete auch für die Mitglieder des Kürschnerverbandes so wichtige Fragen in der jetzigen schweren Zeit vorliegen, daß die von der Redaktion ihres Verbandsorgans beliebte Methode, das Blatt „auszugestalten“, Befremden erregen muß.

Zu dem mehr belustigenden Angriff des „Vorwärts“ auf die Gründung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ bemerkt die „Metallarbeiterzeitung“ u. a.:

„Worauf die neue Gründung zurückzuführen ist, kann der „Vorwärts“ im Protokoll der letzten Generalversammlung unseres Verbandes lesen. Auf dieser hatte unsere Stollgenin **F r i d a M ü l l e r** einen entsprechenden Antrag eingebracht. Bei der Beratung darüber hat niemand etwas für oder wider die „Gleichheit“ gesagt. Daß die Generalkommission das neue Blatt unter **S i l l e n b u c h e r** Einfluß stellen würde, hat allerdings niemand erwartet. Doch scheint gerade dies den Zorn des „Vorwärts“ erregt zu haben und er zieht schon gegen das Blatt los, ehe er noch eine Nummer davon zu sehen bekommen hat. Bei der Geistesverfassung, in der sich der „Vorwärts“ zurzeit befindet, kann dies der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ nur zur Empfehlung gereichen.“

50 Jahre deutscher Tabakarbeiterorganisation.

Wie wir in voriger Nummer bereits meldeten, konnte der Tabakarbeiterverband am Jahreschluß das Jubiläum eines halben Jahrhunderts deutscher Tabakarbeiterbewegung feiern. Selbstverständlich ist bei der Schwere der Zeit von einer großen öffentlichen Feier Abstand genommen worden, aber der

„Tabakarbeiter“ hat am 26. Dezember eine Festsnummer erscheinen lassen, die eine würdige Erinnerung an die Bedeutung des Tages darstellt.

Der Anfang der gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Tabakarbeiter ist mit dem Namen **F r i e d r i c h W i l h e l m F r i s c h e s** für immer verknüpft. Im Leipziger Arbeiterbildungsverein gehörte er zu der Exposition, die eine selbständige Arbeiterbewegung forderte. Er hatte auch, wie Geher im „Tabakarbeiter“ schreibt, damals bereits vor der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins begonnen, die Leipziger Tabakarbeiter zu organisieren. Ähnliche lokale Vereine waren auch in Hamburg, Bremen, Dresden, Magdeburg und anderen Orten der Zigarrenindustrie entstanden. Frischsche hatte frühzeitig die Notwendigkeit einer straffen Organisation auf erweiterter Grundlage erkannt und war mit den einflussreicheren Berufskollegen in den anderen Orten in Verbindung getreten, um eine Zentralisierung vorzubereiten. Nach sorgfältiger Vorarbeit trat sodann am 25. Dezember 1865 der Delegiertentag in Leipzig zusammen, auf dem der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein gegründet wurde. Der Verein machte zunächst schnelle Fortschritte und er gab zweifellos den Anstoß zu ähnlichen gewerkschaftlichen Gründungen in anderen Berufen.

Der Kampf der Richtungen in der politischen Arbeiterbewegung wurde aber auch der jungen Tabakarbeiterorganisation zum Verhängnis. Die Mitglieder des Tabakarbeitervereins standen politisch in getrennten Lagern und trugen ihre politischen Differenzen in den Verein hinein. In Hamburg-Altona kam es sogar zu einer Abspaltung, die selbst zwar keine größeren Erfolge zu erzielen vermochte, aber doch zur Lähmung der ganzen Bewegung beitrug. Von den 12 000 Mitgliedern, die der Verein in kurzer Zeit um seine Fahne gesammelt hatte, wurden weitaus die meisten unter dem Einfluß dieser Kämpfe bald fahnenflüchtig. Selbst als nach dem Kriege von 1870/71 die Konjunktur in der Zigarrenindustrie einen mächtigen Aufschwung nahm, erhob sich die gewerkschaftliche Organisation infolge dieser inneren Kämpfe nicht. Auf einem Tabakarbeiterkongreß im November 1872 wurde zur Einigkeit gemahnt. Der Kongreß stellte sich, obgleich seine Mehrheit zu den Gegnern des Zigarrenarbeitervereins bzw. Frisches gehörte, doch auf den Boden dieses Vereins. Der Drang nach Einigkeit war so stark, daß die Kampffähne schließlich verstummen mußten.

Von da an ging es auch wieder vorwärts. Aber jetzt kam bald das Sozialistengesetz und eines seiner ersten Opfer wurde bereits am 23. Oktober 1878 der Tabakarbeiterverein. Alle Versuche Frisches, den Verein zu retten und die Auflösung rückgängig zu machen, scheiterten. Auch ein anderer Versuch, durch ein neues Blatt eine lose organisatorische Verbindung herzustellen, wurde durch das Verbot des Blattes illusorisch gemacht. Wie viele andere der damaligen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung wandte Frischsche sodann dem Vaterlande den Rücken.

Erst 1882 gelang es den Bremern, den Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter ins Leben zu rufen. Es dauerte allerdings noch viele Jahre, bis dieser Verein zu einer wirklichen gewerkschaftlichen Arbeit kam. Teils legte das Sozialistengesetz dem Verein die größte Vorlast auf, aber auch die Führer und Mitglieder selbst waren viel mehr von dem politischen Kampf eingenommen als von der mühe- und opfervollen gewerkschaftlichen Kleinarbeit.